

## **Reformen gegen das System? Die Reaktionen der Dissidentenbewegung in der UdSSR und der DDR auf die Entstalinisierung<sup>1</sup>**

### **I. Entstalinisierung - die abgebrochene Systemreform**

Die Herausforderung, die dieses Themas beinhaltet, ist die unauflösliche Interaktion zwischen der Politik der kommunistischen Parteien, ihren Kurswechseln und den gesellschaftlichen Reaktionen, die sie auslöste und zum Auftreten von Dissidenten führte.

Bis 1953, dem Todesjahr von Josef W. Stalin, hat die willkürliche Repression verbunden mit einer ideologischen Glaubensgewissheit in der Sowjetunion die Gesellschaft gelähmt, ohne dass damit, Gegnerschaft und Widerspruch gegen die Parteiherrschaft aufgehoben waren. Ein Beispiel sei erwähnt. 1938 war der Physiker Lew Landau Mitautor eines Flugblatts, in dem Stalin vorgeworfen wurde, er habe das große Ziel der Oktoberrevolution verraten, sei für den Niedergang des Landes verantwortlich. Dieses endete mit dem Aufruf, Stalin zu stürzen, „die UdSSR im Kriegsfall nicht dem ‚bestialischen deutschen Faschismus‘ zum Opfer falle“<sup>2</sup>. Landau wurde verhaftet, vor dem Tod rettete ihn sein Kollege Pjotr Kapiza. Den Mut von Einzelnen und ihre widerständigen Handlungen gab es auch in der Zeit des Terrors und der lähmenden Angst, aber sie wurden nicht öffentlich und blieben daher in ihrer Wirkung begrenzt. Die neue kollektive Führung der KPdSU

---

<sup>1</sup> Überarbeiteter Vortrag auf der Konferenz: „Staat und Gesellschaft und Bedingungen der Diktatur: Historische Erfahrungen in der Sowjetunion und der DDR“ Archangelsk, 11.-15. September 2007

<sup>2</sup> Martin Koch: Physiker versus Stalin, in: Neues Deutschland, 22.1. 2008, S. 11

versprach 1953 einen „Neuen Kurs“, der die Lebensverhältnisse der Menschen in der Sowjetunion verbessern sollte. Gleichzeitig wandte sie sich der Situation in der DDR zu, in der sich die ökonomische Lage durch die Massenflucht nach Westen zugespitzt hatte.

Die DDR entstand als deutscher Teilstaat nach dem alliierten Sieg über das nationalsozialistische Deutschland, die Teilung des Landes entsprach dem weltpolitischen Status Quo in Europa. 1952/53 befestigte die SED mit Billigung von Stalin ihre totalitäre Macht und begann in Abgrenzung zur Bundesrepublik den Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“. Das Ergebnis dieser Politik war ein ökonomisches und politisches Desaster. Die offene Grenze zur Bundesrepublik, vor allem in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin, ermöglichte vielen Unzufriedenen die Chance zur Flucht nach Westen. Unmittelbar nach dem die „kollektive Führung“ im Juni 1953 der SED einen „Neuen Kurs“ beim Aufbau des Sozialismus verordnet hatte, um die Lage zu stabilisieren, entlud sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung, namentlich der Industriearbeiter am 17. Juni 1953 durch Streiks und Demonstrationen, ihnen ging es nicht nur um Lohn, sondern um die Wiedervereinigung Deutschlands. Es war ein Warnsignal auch für die sowjetische Führung, die durch Truppeneinsatz den Aufstand im Keim erstickte. Die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung durften die Parteiführungen nicht länger missachten. Somit wurden im Todesjahr von Stalin sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR die Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft offen sichtbar, durch Protest, wie in der DDR, aber auch durch die Versprechungen der neuen Führung in Moskau, wie die Erhöhung der Konsumgüter- Produktion zu erhöhen.

In dem Maße, wie die Parteiführungen auf die Bedürfnisse der verschiedenen Schichten der Gesellschaft in ihrer Politik eingingen, begann ein Prozess der Interessenartikulation in den sozialistischen

Gesellschaften. Die Intelligenz, die Künstler und Schriftsteller waren die ersten, die Kritik an gesellschaftlichen Zuständen äußerten und darstellten.

Die Herausbildung der „Dissidentenbewegungen“ in den sozialistischen Gesellschaften geschah in einem mehrjährigen Interaktionsprozess zwischen den regierenden kommunistischen Parteiführungen und dem gesellschaftlichen Widerspruch gegen ihre Politik. Politisch wurde der Widerspruch zum Kurs der Partei durch die Entstalinisierung von oben ermöglicht. Als Wolfgang Leonhard 1990 in Moskau mit russischen Historikern über den richtigen Zeitpunkt für Reformen in der Sowjetunion diskutierte, nannten einige das Jahr 1968, die Zeit des „Prager Frühlings“. Leonard bestand auf dem Jahr 1956, in dem der XX. Parteitag der KPdSU und die ungarische Revolution stattfanden.<sup>3</sup> Beide Ereignisse bilden gewissermaßen die Kontrapunkte dieses Prozesses zwischen der Reform von oben, die in Ungarn umschlug in den Aufstand von unten, der durch sowjetische Truppen niedergeschlagen wurde. Ein Vorgang, der sich in der CSSR 1968 wiederholen sollte. Das gewaltsame Eingreifen der Sowjetunion unterdrückte in beiden Ländern die Reform des politischen Systems. Bezahlt hat die Sowjetunion diese leichten Siege mit der Stagnation im Inneren, da notwendige Reformen in der Wirtschaft in der Nationalitätenpolitik und im politischen System unterblieben.

Die Periode der Entstalinisierung umfasst in der Sowjetunion die Jahre zwischen 1956 und 1964 und reicht mit einem Zeitverzug in der CSSR bis 1969. In der DDR bremst der SED-Generalsekretär Walther Ulbricht die Übertragung der Entstalinisierung auf die DDR, seine Parole hieß, wir lassen uns vom Gegner „keine Fehlerdiskussion“ aufzwingen. Auch diese Politik hatte Langzeitfolgen, auf die Hope M.Harrison hinwies: „Sein Beharren darauf, dass Wachsamkeit gegenüber dem Westen und

---

<sup>3</sup> Wolfgang Leonhard: Meine Geschichte der DDR, Berlin 2007, S. 208 f.

gegenüber jedweder offenen Diskussionen von Fehlern oder seines Führungsstils Vorrang vor einer aktiven friedlichen Koexistenz mit dem Westen oder einer offenen Diskussionen von Problemen der DDR genieße, führte sowohl zum Bau der Berliner Mauer 1961 als auch zu einem Muster kompromissloser Führerschaft in der DDR bis 1989.“<sup>4</sup>

Im Zeitraum von 1956 bis 1976 hat die SED zweimal die Ansätze einer Dissidentenbewegung zerschlagen. Viele ihrer intellektuellen Protagonisten flohen vor ihrer Verhaftung oder gingen nach ihren Haftstrafen in die Bundesrepublik. Dort verstärkten sie als Menschen mit dem „doppelten Film“ in der Kultur die Nonkonformisten.

Die genannten Jahreszahlen sind Wegmarken, die sich an den geschichtlichen Zäsuren orientieren, nach denen der Veränderungswille des Parteiapparates erlosch und eine Entideologisierung in den Gesellschaften einsetzte, das revolutionäre Feuer der kommunistischen Ideologie erlosch. An die Stelle der Hoffnung auf die Reformkommunisten und der Veränderung von oben traten nun Dissidenten und Bürgerrechte, die die Probleme der Gesellschaft artikulierten und denen es nicht mehr um Sozialismus oder gar Kommunismus ging, sondern um die Fragen der Menschenrechte des Individuums und der Demokratisierung des politischen Systems. Im Vielvölkerstaat Sowjetunion traten nun die Nationalitätenkonflikte offen hervor, die Fragen von Autonomie und Selbstbestimmung wurden von der Intelligenz in den Unionsrepubliken artikuliert. „Was Gruppen wie die Krimtataren, die Völker von Mescheti und nicht zuletzt die Juden angeht, so kann man von einer solidarischen Front sprechen, zu der sich alle sozialen Gruppen und Schichten zusammenschlossen.“<sup>5</sup>

Ein Vergleich von Dissens und Opposition in Sowjetunion und DDR ist schwierig, zu unterschiedlich waren die Rahmenbedingungen für die

---

<sup>4</sup> Hope M.Harrison: Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU, in: Deutschland Archiv, Heft 1/2006, S. 52

<sup>5</sup> Borys Lewytzkij: Opposition in der Sowjetunion 1960-1972, München 1972, S.35

Gegnerschaft zum Regime in beiden Ländern, ohne deren Beachtung die Spezifik der jeweiligen Opposition nicht deutlich wird.

## **II. Ein asymmetrischer Vergleich: Sowjetunion und DDR**

Die sozialistischen Gesellschaften in der Sowjetunion und der DDR waren zum Zeitpunkt des Todes von Stalin ohne Dissidenten. Der Kampf gegen Gegner war Sache der Geheimpolizei, Proteste, die es gab, blieben im Verborgenen, dafür sorgte die Zensur. Vom Westen aus betrachtet erschienen die sozialistischen Gesellschaften im sowjetischen Imperium damals als eine durch Propaganda und Terror geformte monolithische Einheit von Partei und Volk auf dem Weg zum Kommunismus.

Bevor es eine Bürgerrechtsbewegung geben konnte, bedurfte es einzelner „Abweichler“ in den sozialistischen Gesellschaften. Die westlichen Medien nannten sie „Dissidenten“ und aktualisierten damit einen Begriff aus dem 17. Jahrhundert, mit dem Protestanten beschrieben wurden, die sich in England der anglikanischen Staatskirche nicht unterwarfen und nach Nordamerika auswanderten. Das Wort erschien den westlichen Beobachtern am treffendsten, um dieses neue, gesellschaftliche Phänomen in den sozialistischen Staaten zu charakterisieren. Die Bezeichnung war eine Analogie und wurde auf Personen bezogen, deren Meinung oder künstlerisches Werk von der Linie der kommunistischen Partei abwich und die sich damit der kommunistischen „Staatskirche“ widersetzten. Sie nahmen dafür weiterhin das Risiko der Verfolgung durch die Sicherheitsapparate auf sich, aber allein ihr Auftreten war ein signifikanter Unterschied zur Stalin-Ära. Die Wahrnehmung des Dissens und seines „abweichenden

Handelns“ im Westen rückte den mutigen Einzelnen und seine Kritik in den Mittelpunkt, nicht aber die Wirklichkeit der sowjetischen Gesellschaft, um die es dem Kritiker eigentlich ging. Diese Form der Rezeption wurde noch durch den Abwehrreflex der Sicherheitsorgane und der Parteipropaganda verstärkt, die sofort gegen einen Dissidenten vorgingen, sobald dessen Kritik in den westlichen Medien veröffentlicht wurde. Die Öffentlichkeit im westlichen Ausland war für die sowjetischen Dissidenten von zentraler Bedeutung, um im eigenen Land gehört und beachtet zu werden. In der DDR sorgte die Präsenz der elektronischen Medien aus der Bundesrepublik für die gleiche Wirkung.

Die negative Reaktion des Parteiapparates auf Widerspruch, die Weitergabe der Zensur unterliegender Informationen durch Schweigen oder die propagandistische Ächtung der Kritiker, vor allem aber ihre Verfolgung durch die Sicherheitsorgane erreichten oft nicht ihr Ziel. Im Gegenteil, die Diskriminierung beförderte manch eine politische Wandlung, aus kritischen Kommunisten wurden Dissidenten.

Alexandr Daniel hat eine plausible Periodisierung für den sowjetischen Dissens vorgeschlagen: „Sie erstreckt sich von der Mitte der sechziger bis zum Anfang der achtziger Jahre.“<sup>6</sup> Es handelt sich also ziemlich genau um die Amtszeit von Leonid I. Breschnew und seiner unmittelbaren Nachfolger, zu einer breiten „Dissidentenbewegung“ kam es nicht. Für die Geschichte des abweichenden Denkens und Handelns im sozialistischen Lager war das Jahr 1968 und die Unterdrückung der Selbstreform des Sozialismus in der CSSR durch die sowjetische Intervention eine Zäsur. Die Hoffnung auf einen reformkommunistischen Kurswechsel der regierenden Parteien erstarb ebenso wie der Glaube an die Ideologie und damit an die Zukunft der kommunistischen Alternative zum Kapitalismus des Westens. Andrej Sacharow fällt über die Folgen

---

<sup>6</sup> Alexandr Daniel: Wie freie Menschen, in: Forschungsstelle Osteuropa: Samizdat, Bremen 2000, S. 39.

dieser Invasion für das kommunistische Weltsystem ein gültiges Urteil: „Die Überzeugung, dass die in der UdSSR verwirklichte Staatsform überlegen und Verbesserungen gegenüber aufgeschlossen sei, zerbröckelte bei Millionen ihrer ehemaligen Anhänger in der UdSSR und in der ganzen Welt.“<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang würdigte er die Bedeutung der Demonstration von sieben Personen<sup>8</sup> gegen die Invasion auf dem Roten Platz in Moskau am 25. August 1968. Ihr öffentliches Auftreten war für ihn „ein Wunder-eine Tat, welche die Ehre des ganzen Landes wiederherstellte“<sup>9</sup>. Erst nach diesem Ereignis, in den siebziger und achtziger Jahren, ging es um Reformen gegen das System, wie z.B. in Polen.

Der Vergleich zwischen der „Dissidenten“ in der Sowjetunion und der DDR muss mit den gravierenden Unterschieden zwischen beiden Ländern beginnen.

Die Sowjetunion stieg unter Stalin zur Weltmacht auf, die sich nach dem siegreichen Krieg über das nationalsozialistische Deutschland im „Kalten Krieg“ mit dem von den Vereinigten Staaten geführten Westen befand. Da sich die beiden Hauptmächte über die Zukunft Deutschlands nach 1945 nicht einigen konnten, entstanden 1949 zwei deutsche Teilstaaten: die Bundesrepublik und die DDR. Die DDR wurde Teil des sozialistischen Lagers. Die SED erkannte die Führungsrolle der KPdSU uneingeschränkt an und die sowjetische Partei erinnerte sie gelegentlich an ihre hegemoniale Stellung gegenüber der SED. Leonid I. Breschnew tat dies 1970, als er Erich Honecker daran erinnerte. „Wir haben doch Truppen bei Ihnen. Erich, ich sage dir offen, vergesse das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke - nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Andrej Sacharow: Mein Leben, München 1991, S. 319

<sup>8</sup> Es handelte sich um Pawel Litwinow, Larissa Bogoras, Vadim Delannay, Viktor Feinberg, Konstantin Babizkij, Wladimir Dremljuga, Natascha Gorbanewskaja

<sup>9</sup> Mein Leben, a.a.O., S. 321

<sup>10</sup> Protokoll einer Unterredung zwischen Kreml Breschnew und E. Honecker am 28. Juli 1970, in:

Durch diese Abhängigkeit entstand für die SED ein unlösbares Dilemma: Die Deutschen empfanden sich weiterhin als ein Volk, die Bundesrepublik war verfassungsrechtlich auf das Ziel der deutschen Einheit festgelegt. Es dauerte 24 Jahre, bis sie 1973 im Rahmen ihrer neuen Ostpolitik die DDR völkerrechtlich anerkannte. Nach innen gewann der SED-Staat nur eine bedingte Akzeptanz bei seinem Staatsvolk, was an seiner befestigten Westgrenze und der Mauer in Berlin für jedermann sichtbar war. Die SED besaß wenig Spielraum für einen nationalen Weg zum Sozialismus, wie er in Polen oder Ungarn von den dortigen Kommunisten propagiert werden konnte. Die deutsche Spaltung und der begrenzte Handlungsspielraum der Regierenden betraf auch die Opposition. Die Entwicklungen in der DDR waren bis 1989 abhängig von denen in der Sowjetunion. Sowohl die SED als auch die Opposition wusste, die nationale Frage kann nicht aufgeworfen werden, die SED hoffte auf den sowjetischen Schutz, der die Existenz der DDR garantierte und Opposition fürchtete ihn, als Trauma vom 17. Juni 1953 saß tief. Viele Unzufriedene suchten auf vielerlei Wegen bis 1989 den individuellen Weg nach Westen.

### **III. Entstalinisierung und die Glaubenskrise der Intellektuellen in der DDR**

Bevor die Dissidenten die Bühne betraten, bedurfte es einer Periode des „Taufwitters“ in der Sowjetunion und in den sozialistischen Staaten. Sie begann mit dem Tod Stalins. Die SED gelobte nach seinem Tod: „Stalin ist nicht mehr unter uns, aber sein Werk lebt fort in alle Zeiten! Wir geloben, sein Vermächtnis unter Einsatz aller unserer Kräfte zu

---

Peter Przybylski: Tatort Politbüro, Berlin 1991, S. 281.



verwirklichen zum Wohle des ganzen werktätigen Volkes! Es lebe die unbesiegbare Sache von Marx, Engels, Lenin und Stalin!“<sup>11</sup>

Seine Erben in Moskau dagegen begannen, unverzüglich auf die neue Lage zu reagieren. Sie bildeten eine kollektive Führung, die nach wenigen Wochen einen „Neuen Kurs“ verkündete. In der Außenpolitik strebte sie eine Entspannung gegenüber dem Westen an und im Inneren wollte sie die Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbessern. Eine vertrauensbildende Maßnahme besonderer Qualität gegenüber dem Volk bestand darin, dass die willkürlichen Verhaftungen aufhörten.

Am 4. April, erschien in der Prawda ein unglaubliches Dokument: Das Ministerium des Inneren, und damit Lawrenti Berija, gab die Freilassung aller noch überlebenden Ärzte bekannt, die im Januar verhaftet wurden. Es waren zumeist jüdische Ärzte, die zuvor die sowjetische Führung behandelt hatten und denen die „Organe“ vorwarfen, eine Verschwörung zur Ermordung dieser Führung gebildet zu haben. Nun erklärte das Ministerium ihre Geständnisse für falsch, wurden sie doch durch Folter und unter Bruch der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ erzwungen. Die Ärzte waren unschuldig. Berija selbst lüftete somit 1953 das Geheimnis um die Geständnisse in den sowjetischen Schauprozessen. Auf dem XX. Parteitag behauptete Nikita S. Chruschtschow: „Diese schändliche Angelegenheit ist von Stalin konstruiert worden.“<sup>12</sup>

Der SED wurde im Juni 1953 ebenfalls ein „Neuer Kurs“ durch die kollektive Führung befohlen. Er sah die Rücknahme des 1952 mit Stalins Billigung begonnenen „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR vor. Begründet wurde diese Maßnahme mit den hohen Fluchtzahlen aus der DDR in die Bundesrepublik. Moskau verlangte von der SED öffentliche Selbstkritik. Diese erfolgte im Zentralorgan der Partei und wirkte wie ein Funke in einem Pulverfass. Es begann mit dem Streik

---

<sup>11</sup> Trauersitzung des Zentralkomitees, in: Dokumente der SED, Band IV, Berlin (Ost) 1954, S. 299.

<sup>12</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, Berlin (Ost), 1990, S. 63.

der Berliner Bauarbeiter der „Stalinallee“ am 16. Juni, der sich am 17. zu einer Volkserhebung in der DDR ausweitete. Es ging nicht nur um Lohn und die Befreiung politischer Gefangener, die Demonstranten forderten den Rücktritt der DDR-Regierung und die deutsche Einheit.

Der Hohe Kommissar der Sowjetunion in der DDR, Wladimir S. Semjonow, übernahm am 17. Juni das Kommando, die sowjetische Armee verhängte in fast allen großen Städten das Kriegsrecht. Durch das offene Eingreifen der Besatzungsmacht wurde die Volkserhebung im Keim erstickt und es folgten Verhaftungen. Der Schutz der SED-Führung durch die sowjetische Armee vor ihrem Staatsvolk grub sich tief ins kollektive Gedächtnis aller Deutschen in Ost und West ein.<sup>13</sup>

Wenige Tage später wurde Berija in Moskau verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Geheimdienst, der nach Chruschtschows Darstellung von Stalin persönlich kontrolliert worden war<sup>14</sup>, unterstand nun wieder der Kontrolle der Parteiführung.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 zog besonders in der Geheimrede des Ersten Sekretärs Chruschtschow einen ideologisch begründeten Trennungsstrich zum terroristischen Regime Stalins im eigenen Land. Er begann mit der Verurteilung der von Stalin eingeführten ideologischen Blankovollmacht zur terroristischen Willkür: Volksfeind. „Dieser Terminus befreite umgehend von der Notwendigkeit, die ideologischen Fehler eines oder mehrerer Menschen, gegen die man polemisiert hatte, nachzuweisen; er erlaubte die Anwendung schrecklichster Repressionen, wider alle Normen der revolutionären Gesetzlichkeit, gegen jeden, der in irgendetwas mit Stalin nicht übereinstimmte, der nur gegnerischer Absichten verdächtig, der einfach verleumdet wurde.“<sup>15</sup> Dieser willkürliche Terror, der ohne Vorwarnung jeden treffen konnte,

---

<sup>13</sup> vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: 17.6. 1953: Volksaufstand in der DDR, Bremen 2003 und Andras B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000

<sup>14</sup> A.a.O., S. 99.

<sup>15</sup> A.a.O., S. 16.

fürte zu einem Klima des Misstrauens, des Schweigens und der Vorsicht, das Gespräch und erst recht die Debatten verstummten. Chruschtschow umschrieb diese Folgen mit den Worten: „Dieser Begriff ‚Volksfeind‘ schloss im Grunde genommen schon von sich aus die Möglichkeit irgendeines ideologischen Kampfes oder der Darlegung der eigenen Ansichten zu dieser oder jener Frage auch praktischen Inhalts aus.“<sup>16</sup> An anderer Stelle nahm Chruschtschow das Thema der Wirkung des Terrors in der Gesellschaft noch einmal auf: „Massenverhaftungen und Deportationen vieler tausend Menschen, Vollstreckung ohne Gerichtsurteil und ohne normale Untersuchung riefen einen Zustand der Unsicherheit und der Furcht, sogar der Verzweiflung hervor.“<sup>17</sup>

Selbst für die Anwendung der Folter bei den Verhören machte er Stalin verantwortlich. Dieser hatte 1939 ein Telegramm an die Untergliederung der Partei gerichtet, in dem es hieß: „Das ZK der KPdSU (B.) erklärt, dass die Anwendung physischer Einwirkung in der Praxis der NKWD seit 1937 mit Erlaubnis des ZK der KPdSU (B.) zugelassen ist.“<sup>18</sup> Sacharow bewertete 1968 in seinem „Memorandum“ genannten Essay diese Jahrhundertrede als Beginn „der Reinigung von dem Übel des Stalinismus“ und er fuhr fort, „wir ‚pressen tropfenweise den Sklaven aus uns heraus‘ (wie A. Tschechow gesagt hat), lernt es, unserer Meinung zu äußern, ohne der Obrigkeit auf den Mund zu sehen und ohne Angst um unser Leben.“<sup>19</sup>

Der Sturz ihres Idols und die Verurteilung seiner terroristischen Mittel durch die KPdSU löste in der kommunistischen Weltbewegung eine Glaubenskrise aus, sie betraf Stalin als dem Baumeister des Sozialismus und seine Mittel. Milovan Djilas schrieb 1957 zutreffend über diese Dialektik von Ziel und Mittel: „Das Ziel diente seinerzeit als moralischer

---

<sup>16</sup> A.a.O., S. 16f.

<sup>17</sup> A.a.O., S.18f.

<sup>18</sup> A.a.O., S. 42.

<sup>19</sup> Andrej Sacharow: Memorandum Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit, Frankfurt am Main 1968, S. 28 f.

Deckmantel für die Anwendung jedes Mittels. Der Verzicht auf die Anwendung solcher Mittel wird Zweifel am Ziel selbst wecken. Sobald Mittel, die einem bestimmten Ziel dienen sollen, sich als schlecht erweisen, wird sich das Ziel als unrealisierbar herausstellen. Denn das Wesentliche in jeder Politik sind in erster Linie die Mittel.“<sup>20</sup> Damit war ein zentrales Thema der Dissidenten von der KPdSU selbst gesetzt worden. Das Verhältnis von Mitteln und Zielen der regierenden Kommunisten wurde zu einem zentralen Ausgangspunkt in der Entwicklung der politischen Vorstellungen der Dissidenten. Nach dem XX. Parteitag prüften selbstkritisch vor allem kommunistische Intellektuelle ihre eigene Gläubigkeit. Ein Beispiel für diese individuelle Selbstkritik aus der DDR ist der Physikchemiker Robert Havemann. Er schrieb über die Bedeutung des XX. Parteitages für sein Denken:

„Stalin war für mich der bedeutendste, damals lebende Marxist. Seine Worte waren unwiderleglich. Ich konnte mich nur bemühen, ihn zu verstehen. Wenn es mir nicht gelang, lag es nicht an Stalin, sondern an mir.... Heute erscheint mir die Geistesverfassung, in der ich mich damals befand, als geradezu lächerlich. Damals war sie das aber keineswegs. Sie war für einen guten Kommunisten eigentlich selbstverständlich....bis im Jahre 1956 der XX. Parteitag der KPdSU kam. Unter den Stößen dieses Erdbebens brach das Bauwerk meines Glaubens zusammen. Was ich heute denke, was ich heute schreibe, das ist Wiederaufbau aus den Trümmern.“<sup>21</sup>

Die intellektuellen Debatten in Polen und Ungarn über die Entstalinisierung beförderten politische Veränderungen, die in Ungarn zur kurzfristigen Beseitigung der kommunistischen Parteiherrschaft

---

<sup>20</sup> Vgl. Milovan Djilas: Die Neue Klasse, München 1957, S. 220. Das Buch entstand in einem jugoslawischem Gefängnis.

<sup>21</sup> Robert Havemann: Ja, ich hatte unrecht. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde, in: Robert Havemann, Ein deutscher Kommunist, (Hg. Manfred Wilke), Reinbek 1978, S. 111ff.

fürten. Die sowjetische Intervention in Ungarn demonstrierte mit Nachdruck die Grenzen der Entstalinisierung.

Die Entwicklung in der DDR unterschied sich von der in Polen und Ungarn. Die Arbeiter blieben diesmal ruhig und die Debatte um die Entstalinisierung der DDR konzentrierte sich auf Schriftsteller und Intellektuelle. Der junge Schriftsteller Erich Loest hatte sich wie andere seiner Generation der SED angeschlossen, auch aus Scham über sein Mitmachen in der Nazi-Diktatur, wie er selbst bekannte. Er und andere Intellektuelle diskutierten die Konsequenzen dieser Kritik der sowjetischen Partei am „Personenkult“ für die Selbstverantwortung von Künstlern und Schriftstellern in der DDR. Geistiges Zentrum dieser innerkommunistischen Opposition war der Aufbau-Verlag. Der Verlagsleiter Walter Janka und der Philosoph Wolfgang Harich übernahmen die Forderung der Arbeiter vom 17. Juni: „Walter Ulbricht muss weg!“ Der Erste Sekretär der SED dachte nicht an Rücktritt, er zog Selbst die Konsequenzen des Moskauer Parteitags für die DDR. Er befand, Stalin sei kein Klassiker, in der DDR gab es keinen Personenkult und vor allem: sie ließen sich vom Feind keine „Fehlerdiskussion“ aufzwingen. Angesichts der Entwicklungen in Polen, wo mit Wladislaw Gomułka ein „Nationalkommunist“ Parteiführer wurde, konnte die SED diese Diskussion in den eigenen Reihen nicht sofort unterdrücken. Mit schnellem Linienwechsel war diese kommunistische Glaubenskrise nicht zu bewältigen.

Erst mit der militärischen Niederschlagung der ungarischen Revolution bekam Ulbricht im November 1956 seine Handlungsfreiheit wieder. Er drohte Harich in einem Gespräch offen: „Die SED werde keinesfalls dulden, dass Intellektuelle wie in Polen und Ungarn konterrevolutionäre Machtspiele veranstalten.“<sup>22</sup> Harich und eine Reihe anderer Intellektueller und Schriftsteller wurden verhaftet und in einem Schauprozess zu hohen

---

<sup>22</sup> Zitiert nach: Erich Loest: Prozesskosten, Göttingen 2007, S. 70f.

Haftstrafen verurteilt. Viele der Protagonisten der Debatte vor 1956 in der DDR, wie Ernst Bloch, Alfred Kantorowicz, Hans Mayer, Gerhard Zwerenz, Fritz J. Raddatz, Günter Zehm und Erich Loest selbst, flohen rechtzeitig oder kamen nach ihrer Haft in die Bundesrepublik. Hier waren sie zunächst als „Rote“ alles andere als willkommen. Als Nonkonformisten wurden sie in den Kulturbetrieb integriert, ihr wichtigster Beitrag in der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik wurde ihre DDR- Erfahrung. Sie urteilten mit dem so genannten doppelten Film im Kopf. Loest selbst wollte 1957 nicht in die Bundesrepublik fliehen, daran hinderte ihn sein sozialistisches Weltbild. Es zerbrach nach fünf Jahren Haft. Die DDR-Justiz hatte ihn zu sieben Jahren Haft verurteilt, erst nach dieser Diktaturerfahrung träumte er in seiner Zelle von einem demokratischen Staat, wie es die Bundesrepublik war.

#### **IV. Der XXII. Parteitag 1961 und das Auftreten der Dissidenten**

Der XXII. Parteitag der KPdSU beschloss ein neues Parteiprogramm und setzte die Entstalinisierung fort. Das sichtbarste Zeichen, das der XXII. Parteitag setzte, war die Entfernung der Leiche Stalins aus dem Lenin-Mausoleum.

In der Prawda erschien das Gedicht von Jewgeni Jewtuschenko „Stalins Erben“ mit den Zeilen: „Und ich wende mich an unsere Regierung mit der Bitte:

die Wachen an diesem Grabstein,

zu verdoppeln, zu verdreifachen,

damit Stalin nicht aufsteht, und mit ihm die Vergangenheit.“

Der Dichter war bekannt geworden durch seine öffentlichen Dichterlesungen in Moskau Ende der fünfziger Jahre. Sie waren Ausdruck des „Taufwetters“ in Kunst und Literatur, benannt nach einem Roman von Ilja Ehrenburg. In diesem wird erstmals „in der sowjetischen Literatur der Terror von 1936 bis 1938 erwähnt“<sup>23</sup>.

Die Rehabilitierungspraxis für die Opfer des Terrors war nach 1956 sehr differenziert und blieb eine offene Wunde. Die Toten wurden gewöhnlich nur individuell rehabilitiert, obwohl sie, wie Roy Medwedew schrieb, „einst nahezu ausnahmslos wegen der Zugehörigkeit zu irgendeiner mystischen 'antisowjetischen' Organisation verurteilt worden waren. Namenslisten von Rehabilitierten und Ermordeten wurden nirgendwo veröffentlicht. Obwohl die überlebenden Anhänger der oppositionellen Gruppen der zwanziger Jahre freikamen, ist die Mehrheit von ihnen nicht rehabilitiert worden, von den Menschewiki oder Sozialrevolutionären ganz zu schweigen.“<sup>24</sup> Die selektive Rehabilitierung von Stalins Opfern war offensichtlich und wurde seit 1956 immer wieder im Zusammenhang mit der so genannten Geheimrede diskutiert, aber nicht abschließend entschieden, das tat auch der XXII. Parteitag nicht. Der zweite Schub der Entstalinisierung ermutigte Künstler und Schriftsteller, die Grenzen der Freiräume zu erkunden, die ihnen die Macht zugestand. So geschah auf kulturellem Gebiet vieles, „was noch kurz zuvor undenkbar erschienen wäre. Nach und nach trat der Mensch auf, in der Literatur, im Theater, im Film, in der gesellschaftlichen Sphäre. Die Geschichte wurde nicht mehr mit Resolutionen geschrieben, die Philosophen konnten öffentlich und in den Universitäten über die herrschende Ideologie - allerdings nur in diesem Rahmen- diskutieren.“<sup>25</sup> Der tschechische Publizist Antonin J. Liehm, der zu den publizistischen Wegbereitern des Prager Frühlings

---

<sup>23</sup> Wolfgang Leonhard: *Kreml ohne Stalin*, Köln 1959, S. 119.

<sup>24</sup> Roy Medwedew: *Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU*, in: Reinhard Crusius/ Manfred Wilke (Hg.): *Entstalinisierung*, Frankfurt/M. 1977, S. 39.

<sup>25</sup> Antonin J. Liehm: *Vom Taufwetter zu den sechziger Jahren*, Manuskript 2007, S. 2f.

gehört, vertritt die These, dass im Ergebnis dieser Selbstbefreiung des schöpferischen Geistes in der Kultur die „Ideologie, ihre Dogmen und Hüter“<sup>26</sup> geistig geschlagen wurden. Die Schriftsteller und Künstler handelten in diesem poststalinistischen Tauwetter vornehmlich aus eigener Verantwortung und nicht mehr als „Ingenieure der Seele“ im Auftrag der Partei.

Nach Ansicht von Liehm, zählen die Filme und die Literatur, die in diesen sechziger Jahren im „sozialistischen Lager“ entstanden, heute zu den großen Momenten der europäischen Kulturgeschichte.

In diese Zeit gehören die Werke von Alexander Solschenizyn, der hier als exemplarisches Beispiel dienen soll. Seine Chance als Schriftsteller bekam er buchstäblich nach dem XXII. Parteitag. Unter dessen Delegierten saß der Chefredakteur der Literaturzeitschrift „Nowy Mir“<sup>27</sup>, Alexander T. Twardowski. Er beklagte vor dem Parteitag, den Mangel vieler „unserer Bücher“. Charakteristisch sei „die ungenügende Lebenswahrheit, die Rückversicherung des Autors“, eine deutliche Umschreibung der Schere im Kopf, mit der sie geschrieben wurden. Er forderte dagegen, „der Leser braucht dringend die volle Wahrheit über das Leben“<sup>28</sup>. Twardowski hielt sich an seine eigene Forderung und publizierte 1962 in seiner Zeitschrift Solschenizyns Lager-Erzählung: „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“. Bevor er das tun konnte, befasste sich allerdings das ZK-Sekretariat der KPdSU mit der Erzählung. Die Mehrheit wollte diese Geschichte eines einfachen Lagerhäftlings nicht gedruckt sehen, aber Chruschtschow entschied: Sie wird gedruckt. Solschenizyns Biograph Donald M. Thomas zitiert ihn mit den Worten: „In jedem von Euch steckt noch ein Stalinist, auch in mir. Wir müssen dieses

---

<sup>26</sup> A.a.O., S. 3.

<sup>27</sup> Vgl. zu Nowy Mir Chores Medwedjew, Zehn Jahre im Leben des Alexander Solschenizyn, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 10-19.

<sup>28</sup> Beschluss des XXII. Parteitages der KPdSU: Über das Mausoleum Wladimir Illytsch Lenins, a.a.O., S. 3010.



Übel mit der Wurzel ausrotten.’ Am Ende deutete er das Schweigen als Zustimmung und Mikojan unterstützte ihn.“<sup>29</sup>

„Iwan Denissowitsch“ war ein Bauer und mit seinem Schicksal erzählte Solschenizyn zugleich, wer die Arbeitslager bevölkerte: das Volk. Diese Novelle begründete seinen literarischen Ruhm, der in den Medien der Sowjetunion nur nach Wochen zählte. Im Frühjahr 1963 wurde die Entstalinisierung gestoppt und seine Romane „Krebsstation“ und „Der erste Kreis der Hölle“ konnten nicht mehr erscheinen. Als sich Solschenizyn all diesen Entscheidungen nicht unterwarf, wurde er zum Dissidenten. 1965 beschlagnahmte das KGB das Manuskript des „Ersten Kreises“ sowie Teile seines Archivs. Nach dieser „Verhaftung“ des Romans begann der Autor, seine Manuskripte zu verstecken, auf Mikrofilm festzuhalten und ihre Veröffentlichung im Westen vorzubereiten. Das Manuskript des „Archipel Gulag“ ließ er ebenfalls vorsorglich außer Landes bringen. Die Periode des „Tauwetters“ ging zu Ende, die Dissidentenbewegung trat offen dem Parteiapparat entgegen.

Über die Veröffentlichung von „Krebsstation“ und seines Briefes an den IV. Sowjetischen Schriftstellerkongress kam es zum Bruch. Dieser Brief enthielt ein politisches Programm, er forderte die Abschaffung der Zensur. Der Kongress selbst solle seine Aufmerksamkeit auch den Verboten und Verfolgungen schenken „denen er selbst ausgesetzt sei“<sup>30</sup>. Mit anderen Worten verlangte Solschenizyn nichts weniger, als dass der Schriftstellerverband als Interessenvertreter der Autoren funktionieren sollte.

In der dem Brief folgenden Diskussion im Schriftstellerverband hielten ihm die Funktionäre vor, dass er mit ihm Aufsehen im Westen verursacht habe. Solschenizyn zeigte sich verwundert, welche Wertschätzung die öffentliche Meinung des Auslandes hier erfahre; ihm käme es auf die

---

<sup>29</sup> Donald M. Thomas, Solschenizyn. Eine Biographie. Berlin 1998, S. 349.

<sup>30</sup> Zitiert nach Donald M. Thomas, a. a. O., S. 407f.

öffentliche Meinung im eigenen Land an: „Ein ganzes Leben lang war unter meinen Schuhsohlen die Erde meines Vaterlandes, nur seinen Schmerz nehme ich wahr, nur darüber schreibe ich.“<sup>31</sup> Ihm ginge es um Russland, nicht um den Westen.

Im Jahr des Prager Frühlings, 1968, publizierte Solschenizyn seinen Roman „Der erste Kreis der Hölle“ im Ausland und entzog sich damit der heimischen Zensur. Der Roman über das wissenschaftliche Sonderlager, in dem die Häftlinge für die Geheimpolizei die Aufgabe lösen sollten, ein Gerät zur Identifizierung menschlicher Stimmen zu erfinden, erschien gleichzeitig in den Vereinigten Staaten, in England und in Deutschland.<sup>32</sup> Die Antwort der Kulturabteilung des ZK der KPdSU war sein Ausschluss aus dem sowjetischen Schriftstellerverband. Solschenizyns Protest gegen diese Maßnahme stand postwendend in der „New York Times“. 1970 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Am 17. August 1968, als das Politbüro der KPdSU die Invasion der Tschechoslowakei beschloss, erschien in der „New York Times“ das Memorandum von Sacharow. Er thematisierte darin die Gefahren eines Atomkrieges, die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auch im Hinblick auf die ökologische Verantwortung für den Planeten, die er „Geohygiene“ nannte. Er verurteilte den Stalinismus und forderte Meinungsfreiheit und Demokratie in der Sowjetunion. Zeitgleich zu den Planungen der Invasion in die CSSR, um das Machtmonopol einer regierenden kommunistischen Partei zu restaurieren, entwarf Sacharow einen global ausgerichteten Politikansatz, der die Gefährdungen der Erde und damit der Gattung Mensch zum Maßstab erhob. In dem Memorandum, das seinem Autor das Ende seiner wissenschaftlichen Karriere kostete, steht ein Beispiel, das den Zusammenhang von Reformverweigerung der Parteiführung und

---

<sup>31</sup> A.a.O., S. 413.

<sup>32</sup> Alexander Solschenizyn, Der erste Kreis der Hölle, Frankfurt/M. 1968. Künftig zitiert als der erste Kreis.

dem Auftreten eines Dissidenten eindringlich demonstriert. Die von Breschnew gestoppte Entstalinisierung beantwortete Sacharow mit der Forderung nach dem Stopp der Neo-Stalinisten.

„Die Entlarvung des Stalinismus in unserem Land ist noch lange nicht abgeschlossen. Natürlich ist eine Veröffentlichung aller vorhandenen amtlichen Materialien (auch der Archive des NKWD) und die Untersuchung im ganzen Volk unerlässlich. Für den internationalen Ruf der KP der Sowjetunion und für die Ideen des Sozialismus wäre ein 1964 vorgesehener, dann aber ‚aus irgendwelchen Gründen‘ unterbliebener symbolischer Ausschluss Stalins, des Mörders, von Millionen ihrer Mitglieder, aus der KP der Sowjetunion und eine politische Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus sehr nützlich gewesen. Wir müssen den Einfluss des Leos Stalinismus auf unser politisches Leben möglichst einschränken.“<sup>33</sup> Sein Memorandum schickte Sacharow auch an das ZK der KPdSU.

Sacharow und Solschenizyn nutzten für ihre Positionen gezielt die westlichen Medien und damit die Weltöffentlichkeit. Solschenizyn wuchs über seine literarische Bedeutung hinaus und wurde zum politischen Gegenspieler der sowjetischen Führung. 1970 unternahm der KGB-Chef Jurij Andropow den ersten Versuch, ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, um ihn danach auszuweisen. „Andropow erhielt jedoch keine Mehrheit für seinen Antrag...“<sup>34</sup> im Politbüro der KPdSU. Erst nach der Veröffentlichung von Archipel Gulag sollte diese Maßnahme erfolgen - unter Mithilfe der deutschen Bundesregierung.<sup>35</sup>

Sacharows politische Biografie ist verbunden mit dem Bau der Berliner Mauer. Mit ihr wurde die zweite Flüchtlingswelle aus der DDR unterbunden. Im Zusammenhang mit diesem Ereignis mischte sich der

---

<sup>33</sup> Memorandum, a.a.O., S. 29f.

<sup>34</sup> Christopher Andrew/Wassilli Mitrochin, Das Schwarzbuch des KGB, Berlin 1999, S. 403.

<sup>35</sup> Vgl. Manfred Wilke: Solschenizyn und der Westen, in: Hans-Joachim Veen, Ulrich Mählert, Peter März: Wechselwirkungen Ost-West, Köln, Weimar, 2007, S. 149-172

Physiker Sacharow erstmals in die Weltpolitik ein. Im Sommer 1961 traf sich Chruschtschow mit Atomphysikern, um eine Testreihe von Kernwaffen zu besprechen. „Es stellte sich heraus, dass wir eine Testreihe vorbereiten sollten, die die neue Politik der UdSSR in der Deutschlandfrage (Berliner Mauer) unterstützen sollte.“<sup>36</sup> Sacharow schickte Chruschtschow eine Notiz, in der er ihn vor den Konsequenzen dieses Schrittes warnte, dieser führe zum Abbruch der Gespräche über Abrüstung und zu einer neuen Runde im Rüstungswettlauf. Chruschtschows Antwort war eine Lektion über die Maximen sowjetischer Außenpolitik: „Sacharow ist ein guter Wissenschaftler; doch man möge es uns, die wir Spezialisten in diesem ränkevollen Spiel sind, überlassen, die Außenpolitik zu machen. Nur Macht, nur Verwirrung des Feindes, darauf kommt es an! Wir können es nicht laut sagen, dass wir aus einer Position der Stärke heraus Politik betreiben, doch so muss es sein. Ich wäre ein Schwächling und nicht Vorsitzender des Ministerrates, würde ich auf Leute wie Sacharow hören...“<sup>37</sup> Die Erfahrungen der Wirkungslosigkeit seiner internen vorgebrachten vernünftigen Argumente in der Sache, um den Atombombentests zu verhindern, veränderten nach seinem eigenen Bekunden Sacharows Weltbild. Er beschloss, sich künftig öffentlich politisch einzumischen. Sein Memorandum sieben Jahre später beginnt im Kapitel „Gefahren“ mit dem Satz: „Drei technische Aspekte der thermonuklearen Waffen haben den Atomkrieg zur Bedrohung des Fortbestehens der Zivilisation gemacht. Das ist die enorme Zerstörungskraft einer Atomexplosion, die verhältnismäßig billige Produktion von Atomwaffen und die praktische Unmöglichkeit wirksamer Verteidigung gegen einen massiven thermonuklearen Angriff.“<sup>38</sup> Der Konstrukteur der sowjetischen Wasserstoffbombe kannte die Gefahr und übernahm die politische Verantwortung im Namen der Rettung der

<sup>36</sup> Andrej D. Sacharow: Stellungnahme, Wien-München 1974, S. 17.

<sup>37</sup> A.a.O., S. 17.

<sup>38</sup> Memorandum, a.a.O., S. 7

menschlichen Zivilisation. Ohne ethische Prinzipien wäre der sowjetische Dissens unmöglich gewesen.

## V. Die Bedeutung der russischen Dissidenten

Die Widerstände in der sowjetischen Gesellschaft, namentlich im Parteiapparat der KPdSU und der Geheimpolizei, gegen die Entstalinisierung waren übermächtig und aus ihrer Sicht wohl begründet, ging es doch um die historische Legitimation des sowjetischen Staates. Nach der Absetzung Cruschtschows als Erster Sekretär 1964 und dem Amtsantritt von Leonid I. Breschnew wurde die Zensur schärfer. Roy Medwedew schrieb: „Kunst und Literatur stehen unter verschärftem Druck der konservativen und reaktionären Kräfte. Der sowjetischen Öffentlichkeit wird noch immer ein beträchtlicher Teil der literarischen und künstlerischen Schöpfungen der letzten Jahre durch die Zensur vorenthalten. Im Bereich der Gesellschaftswissenschaften haben sich die Forschungen verlangsamt.... Man beobachtet in den letzten Jahren immer häufiger, dass die sozialistische Gesetzlichkeit verletzt wird. Anklagen wegen Meinungsvergehen werden erhoben. Seit 1966 gibt es mehr als zehn politische Prozesse.... Immer häufiger wurden geistig gesunde Menschen aus politischen Gründen in psychiatrische Kliniken eingeliefert.... Nationalismus und Großmachtchauvinismus nehmen zu.“<sup>39</sup> Die Repressionen wurde um eine Variante ergänzt, seit 1967 diskutierten das Politbüro und der KGB den Einsatz der Psychiatrie an Stelle von Gefängnissen gegen die Dissidenten.<sup>40</sup> Weltbekannt wurde diese dann angewandte Praxis durch den Fall von Generalmajor Pjotr G. Grigorenko.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Roy Medwedew: Sowjetbürger in Opposition, Hamburg und Düsseldorf 1973, S. 32.

<sup>40</sup> Vgl. Wladimir Bukowski: Abrechnung mit Moskau, Bergisch-Gladbach 1996, S.174ff.

<sup>41</sup> Vgl. Pjotr Grigorenko: Erinnerungen, München 1981, S. 483ff.

Mit dem Amtsantritt von Leonid I. Breschnew kehrte Stalin in die Öffentlichkeit zurück. Noch vor Sacharows Memorandum schrieben 1967 Kinder von Kommunisten, die Opfer von Stalins Terror wurden, einen Brief an das ZK der KPdSU. Sie warnten: „Jeglicher Versuch, die schwarzen Taten Stalins weiß zu waschen, bergen die Gefahr in sich, dass sich die schreckliche Tragödie unserer Partei, unseres ganzen Volkes und der gesamten kommunistischen Bewegung wiederholt.“<sup>42</sup> Sie verlangten, dass 50 Jahre nach der Oktoberrevolution ein vom XXII. Parteitag „versprochenes Ehrenmal für die Opfer der Willkür“<sup>43</sup> gebaut wird. Die Erstveröffentlichung dieses Briefes fand im Samisdat statt, dem Selbstverlag, der auch Verfahrens Memorandum in der Sowjetunion publizierte. Es war die vom Dissens geschaffene Öffentlichkeit jenseits der offiziellen Zensur. Die „Chronik der laufenden Ereignisse“, die im Jahr 1968 erstmals erschienen, sicherte für Jahre die Kontinuität des Samisdat. Der Titel war einer russischsprachigen Sendung der BBC entliehen. Westliche Korrespondenten schrieben damals: „Die erste freie russische Zeitung seit der Oktoberrevolution ist erschienen.“<sup>44</sup> Die bis 1983 erscheinende Chronik ist für Alexandr Daniel der „Kern“ der russischen Menschenrechtsbewegung und dies in mehrfacher Hinsicht: „Die Chronik bildete die Zeitachse für die weiteren Ereignisse des sowjetischen Dissenses, machte jeden Akt des Widerstandes zu einem Moment der Geschichte der Dissidenten“ und, so fährt er fort, die Chronik „begünstigte damit eher eine irriige Vorstellung von einer Dissidenten-Bewegung.“<sup>45</sup> Eine andere Bedeutung des Samisdat hob Solschenizyn hervor. Nach Jahrzehnten, in denen der Mund verschlossen war, sei das die Rückkehr „von Atem und Bewusstsein, der Übergang vom

---

<sup>42</sup> Brief von überlebenden Kindern von Kommunisten, die durch Stalin grundlos Repressalien ausgesetzt waren, 24. September 1967, in: Opposition in der Sowjetunion, a.a.O., S. 236.

<sup>43</sup> A.a.O., S. 237.

<sup>44</sup> A.a.O., S. 25.

<sup>45</sup> Alexandr Daniel, a.a.O., S. 47.

Stillschweigen zur freien Rede.“<sup>46</sup> Es war das Forum für Kritik und Debatten innerhalb der Opposition. Die Auseinandersetzungen mit dem politischen System der Sowjetunion konzentrierten sich naturgemäß auf den Herrschaftsstil der KPdSU „mit seinen Unterdrückungsmechanismen gegen alle Andersdenkenden, gegen alle neuen, von der Parteilinie abweichenden oder in sie noch nicht integrierten Gedanken“<sup>47</sup>. Es war auch das Medium, über das Solidarität mit Verhafteten oder Gefangenen organisiert wurde. Der Samisdat wurde ergänzt durch das „Tamizdat“, die Werke, die im Westen gedruckt und illegal in die Sowjetunion eingeführt wurden.

Als Alternative zur Repression schlugen Sacharow, Roy Medwedew und W.F. Turttschin in einem Memorandum an Breschnew die Demokratisierung der Sowjetunion vor. Die wissenschaftlich-technische Revolution erzwingen sie über den Zusammenhang von technisch-ökonomischem Fortschritt und der Freiheit der Information sowieso. Die Demokratisierung solle ausdrücklich „der Bewahrung und Stärkung des sowjetischen sozialistischen Systems, der sozialistischen Wirtschaftsstruktur“, dienen. Sie solle unter Leitung der KPdSU erfolgen und „schrittweise vor sich gehen“. Die Autoren gingen davon aus, dass ihr Standpunkt, „von einem beachtlichen Teil der sowjetischen Intelligenz und des fortschrittlichen Teils der Arbeiterklasse geteilt wird.“<sup>48</sup> Schon die bekanntesten Namen der Opposition unterstrichen diese Selbsteinschätzung. Gegen Willkür protestierten die Physiker Andrej Sacharow, Pjotr Kapiza, Igor Tamm, die Brüder Roy und Shores Medwedew, um nur einige Namen zu nennen. Borys Lewytkyj kam 1972 nach Auswertung aller erreichbaren soziologischen Daten über ihre Herkunft zum Ergebnis, dass die Opposition in der Sowjetunion vor allem

---

<sup>46</sup> Alexander Solschenizyn: Bei der Rückkehr von Atem und Bewusstsein, in: Solschenizyn u.a.: Stille

aus dem Untergrund, Frankfurt/M., Berlin, Wien, 1976, S. 10.

<sup>47</sup> Opposition in der Sowjetunion, a.a.O., S. 30.

<sup>48</sup> Stellungnahme, a.a.O., S. 60f.

von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und der ingenieurwissenschaftlichen Intelligenz getragen wurde<sup>49</sup>. Diesem Befund entsprach auch die berufliche Zusammensetzung der politischen Gefangenen in der Sowjetunion zu Beginn der siebziger Jahre<sup>50</sup>.

Anfang der achtziger Jahre war es dem KGB gelungen, die Etablierung einer Dissidentenbewegung in Russland zu verhindern, unmittelbar nach Beginn des Afghanistan-Krieges wurde Sacharow in die für Ausländer gesperrte Stadt Gorki deportiert. Der Beschluss hob hervor, es müsse ein Ort sein, „der seine Kontakte mit ausländischen Bürgern unterbindet“<sup>51</sup>. Gemeint waren selbstverständlich die westlichen Korrespondenten, einer von ihnen erwartete einen Kommentar von Sacharow über den im Westen beabsichtigten Olympia-Boykott der Moskauer Spiele von 1980. In seiner Antwort bezog er sich auf den antiken Brauch, dass während der Spiele der Krieg eingestellt wurde, um zu fordern, „daß die UdSSR ihre Truppen aus Afghanistan abziehen sollte“<sup>52</sup>. Solche Kommentare wollte die sowjetische Führung von Sacharow nicht mehr über die westlichen Medien zur Kenntnis nehmen wollten. Nach dieser Deportation schien es, als könne der KGB aufatmen: „Die meisten führenden Dissidenten befanden sich in Arbeitslagern oder im Exil, und diejenigen, die in Freiheit geblieben waren, wurden vom KGB überwacht. Die Samisdat-Literatur war zu einem dünnen Rinnsal verkümmert.“<sup>53</sup>

Bleibt die Frage, worin lag die Bedeutung der Dissidenten als Reaktion der russischen Intelligenz auf den Abbruch der Entstalinisierung durch die Partei? Eine vorläufige Antwort gibt Daniel, er hebt fünf Punkte hervor:

„Erstens agierte der Dissens öffentlich....

Zweitens lehnten die Dissidenten jede Art von Gewalt als Mittel des Kampfes ab. Sie brachen mit einem der fundamentalen Mythen der

---

<sup>49</sup> A.a.O., S. 34f.

<sup>50</sup> A.a.O., S. 39ff.

<sup>51</sup> Mein Leben, a.a.O., S. 607

<sup>52</sup> A.a.O., S.605

<sup>53</sup> Schwarzbuch des KGB,a.a.O., S. 424.



russischen Geschichte, den Mythos von der alles reinigenden und alles umgestaltenden Revolution.

Drittens zentrierten sie ihr Denken auf die Rechte und Freiheiten des Einzelnen und nicht auf politisch-ideologische Konzepte.

Viertens zeigten die Dissidenten öffentlich ihre Loyalität gegenüber den geltenden Gesetzen und handelten auch danach.... Von größerer Bedeutung war für die Mehrheit das Recht als Basis für den Dialog, nicht nur mit der herrschenden Macht, sondern auch zwischen verschiedenen Richtungen gesellschaftlichen Denkens.

Fünftens agierten die sowjetischen Dissidenten auf eine Weise, die Andrej Sacharow einmal als ‚eigenmächtige‘ Verwirklichung der Rechte und Freiheiten des Einzelnen bezeichnete.<sup>54</sup> In der Summe bescheinigt Daniel den Dissidenten einen zentralen Beitrag zur Rekonstruktion russischer Kultur nach der Barbarei des Stalinismus und zwar noch in der Zeit der Sowjetunion.

Bleibt noch anzumerken, dass sich zeitgleich im Vielvölkerstaat Sowjetunion oppositionelle Gruppierungen unter den Nationalitäten bildeten, die sich kritisch mit der Nationalitätenpolitik der Partei auseinandersetzen. Dies galt für die Armenier ebenso wie für Juden, Ukrainer, Balten, Krimtataren und die Wolgadeutschen.<sup>55</sup>

## **VI. Warum gab es in der DDR keine Charta 77?**

Was geschah nun in der DDR in Bezug auf die Entwicklung einer Opposition? Um diese Frage zu beantworten, konzentriere ich mich auf das Schlüsseljahr 1976, in dem seitens der Opposition in Mittelosteuropa konzeptionell der Weg zum Jahr 1989 begann. Ein Jahr zuvor wurde in

---

<sup>54</sup> Samizdat, a.a.O., S. 38f.

<sup>55</sup> Vgl. Politische Opposition in der Sowjetunion, a.a.O., S. 95ff.

Helsinki die Schlussakte der Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) unterzeichnet. Die europäischen Staaten, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Kanada vereinbarten die Respektierung der Grenzen und der Bürgerrechte. Sie erstrebten eine engere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und eine kooperative Sicherheitspolitik, die einen Krieg in Europa ausschloss.

Das Klima der Entspannungspolitik der Jahre 1976/77 ermutigte in Polen und der Tschechoslowakei Bürgerrechtler, offen aufzutreten und Veränderungen im politischen System zu fordern. Es sind Schlüsseljahre, in denen sich dauerhafte Organisationsstrukturen ausbildeten. In Polen wurde 1976 nach der gewaltsamen Unterdrückung von Streiks der polnischen Metallarbeiter das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) von namhaften Intellektuellen und Künstlern gegründet, eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Solidarnosc 1980. In der Tschechoslowakei trat im Januar 1977 die Charta 77 an die Öffentlichkeit. Beide Komitees konnten von der Staatssicherheit Polens und der CSSR nicht mehr zerschlagen werden. In aller Öffentlichkeit wurde das Machtmonopol der Partei öffentlich bestritten und gesellschaftliche Partizipation eingefordert.

Die Entwicklung in der DDR unterschied sich von der in den Nachbarländern, hier gab es weder eine Charta 77 noch bildete sich gar ein KOR. Auf die Frage, warum es in der DDR keine Charta gab, lässt sich nur eine Antwort finden, wenn man die Spezifik der DDR im sozialistischen Lager in Betracht zieht. Die Menschenrechte, die Demokratisierung und die nationale Unabhängigkeit waren die Schlüsselfragen der Bürgerrechtsbewegung in diesen Ländern. Sie spielten selbstverständlich auch in der DDR eine wichtige Rolle, wurden aber nicht zur Plattform einer organisierten Opposition.

In der DDR zogen viele Menschen eine ganz andere Konsequenz aus der Schlussakte von Helsinki. Im Juli 1976 baten 33 Bürger der sächsischen Stadt Riesa in einer Petition an den SED-Generalsekretär, ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik zu ermöglichen. Initiator und Erstunterzeichner war der Arzt Karl-Heinz Nitschke. Er wurde verhaftet und nach einem Jahr Gefängnis in die Bundesrepublik abgeschoben. Die „Ausreisebewegung“ entstand. Bernd Eisenfeld nennt die Zahl von rund 250.000 betroffenen Antragstellern, die die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zwischen Mitte der siebziger Jahre und dem Oktober 1989 beantragten.<sup>56</sup> Auch die Angaben über die politischen Gefangenen in der DDR nach dem Mauerbau unterstreicht diese Spezifik. Es waren mehrheitlich Personen, die versuchten, aus der DDR zu fliehen - „Republikflucht“ war strafbar<sup>57</sup>. Geahndet wurde die Vorbereitung von „ungesetzlichem Grenzübertritt“, wie die Flucht amtlich bezeichnet wurde, mit einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, im schweren Fall waren es fünf<sup>58</sup>. Zu den Besonderheiten der Beziehungen zwischen den deutschen Teilstaaten gehörte seit Mitte der sechziger Jahre der Häftlingsfreikauf aus der DDR durch die Bundesrepublik. Die Zahl der Betroffenen belief sich auf 34.000 und im Zuge der Familienzusammenführung konnten noch einmal 250.000 die DDR verlassen. Nach der Statistik des Bundesministeriums für Inneres aus dem Jahre 1989 bezifferte sich die Wanderungsbewegung aus SBZ/DDR ab 1945 auf circa 4 Millionen Menschen. Aus diesen Zahlen lässt sich eine Schlussfolgerung ziehen: Eine Massenopposition in der DDR – abgesehen vom Aufstand am 17. Juni 1953 – drückte sich immer

---

<sup>56</sup> Vgl. Hans-Joachim Veen, u.a. (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin, München 2000, S. 58ff.

<sup>57</sup> Rechtliche Grundlage war seit 1968 der § 213 des Strafgesetzbuches der DDR „Ungesetzlicher Grenzübertritt“, Ministerium der Justiz (Hg.): in Strafrecht der Deutschen Demokratischenrepublik, Kommentar zum Strafgesetzbuch, Berlin (Ost) 1984, S. 472-477

<sup>58</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: „Republikflucht“ und Ausreise, in: Lothar Mertens (Hg.): Machtokkupation und Systemimplosion, Berlin 2001, S. 45-65

im Aufbruch nach Westen aus – gehen, aber nicht verändern, war die Konsequenz.

Einen verbesserlichen Sozialismus erstrebten in der DDR vornehmlich Künstler, Schriftsteller, Intellektuelle, Teile der evangelischen Kirche, die eine „Kirche im Sozialismus“ erstrebte und Reformkommunisten. Robert Havemann galt von 1964 bis zu seinem Tod 1982 als der prominenteste Reformkommunist der DDR.

Seine Autorität wurzelte in seinem Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Mit Freunden gründete der Chemiker 1942 die „Europäische Union“, wurde 1943 verhaftet und zum Tode verurteilt. Der Physikochemiker bekam Hinrichtungsaufschub, um im Zuchthaus Brandenburg weiter Forschungsarbeiten für das Heereswaffenamt zu erledigen. Er wurde 1945 von der sowjetischen Armee aus dem Zuchthaus befreit.<sup>59</sup> Bis 1956 war er gläubiger Stalinist, Professor an der Humboldt-Universität und Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Zum Aufbau des Sozialismus' in der DDR arbeitete er auch mit dem sowjetischen Sicherheitsdienst und dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR zusammen. Den Bau der Mauer verteidigte er öffentlich als notwendige Sicherung des Sozialismus' in der DDR. Danach begann er als Naturwissenschaftler den Streit mit den Parteienideologen über die Frage, ob der dialektische Materialismus noch in der Lage sei, die Erkenntnisse der modernen Physik philosophisch zu interpretieren. In seiner Vorlesung „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ an der Humboldt-Universität 1963/64 zeigte er, dass die Parteiideologen nicht auf dem letzten Stand naturwissenschaftlicher Erkenntnisse waren. Er forderte nicht nur Forschungsfreiheit für Naturwissenschaftler, sondern er zog auch Konsequenzen für den Sozialismus in der DDR. Er forderte

---

<sup>59</sup> Vgl. Simone Hannemann: Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“, Berlin 2001

seine Demokratisierung: „Was notwendig ist, was zum Sozialismus als Lebensbedingung dazugehört und was in der Periode des Stalinismus verloren gegangen war, das ist die Demokratie. Sozialismus ist ohne Demokratie nicht zu realisieren.“<sup>60</sup>

In diese Grundsatzdebatte begab sich Havemann unter Berufung auf die Entstalinisierung in der Sowjetunion: „Der XX. und der XXII. Parteitag der KPdSU waren große, entscheidende Schritte auf diesem Wege zur Wiederherstellung der sozialistischen Demokratie.“<sup>61</sup> Er ließ das Manuskript ohne Druckgenehmigung der DDR in der Bundesrepublik drucken. Die SED-Führung bewertete seine Gedanken als „Revisionismus“ und schloss ihn aus ihren Reihen aus und er verlor seine Professur. Havemann ist ein Beispiel für die Hoffnung, die die Entstalinisierung bei kritischen Kommunisten ausgelöst hatte. Nach der Machtdemonstration des Parteiapparates schlug sie bei ihm um in widerständige Selbstbehauptung, die sich programmatisch den Überlegungen der Bürgerrechtler in Polen und der CSSR zur Demokratisierung des politischen Systems vergleichbar sind.

So publizierte Havemann 1976 analog zu den Debatten in Polen ein demokratisches Aktionsprogramm für die DDR, deren Schwerpunkte die Besonderheit der deutschen Situation widerspiegeln. Er forderte:

1. „Schrittweiser Abbau der Mauer; schrittweise Herabsetzung der Altersgrenze für Westreisen.“ Mit diesen Forderungen reagierte er auf die für die innere Atmosphäre der DDR so drückend empfundene hermetische Abriegelung gegenüber Westdeutschland.
2. Ausreichende Versorgung der in den Westen reisenden Bürger der DDR mit Devisen.
3. „Generalamnestie für alle politischen Gefangenen einschließlich der Grenzverletzer.“

---

<sup>60</sup> Robert Havemann: Dialektik ohne Dogma?, Reinbek 1964, S. 155.

<sup>61</sup> A.a.O., S. 156.

4. Meinungsfreiheit in der DDR, durch Aufhebung des Paragraphen 106 des Strafgesetzbuches über „staatsfeindliche Hetze“.
5. „Wiedereinführung des Streikrechts“.
6. „Zulassung einer unabhängigen Zeitung, in der an Partei und Regierung und allen gesellschaftlichen Erscheinungen Kritik geübt werden kann.“
7. Zulassung mehrerer von der SED unabhängiger Kandidaten bei den Wahlen und
8. „die Zulassung einer unabhängigen Oppositionspartei.“

Er verlangte die Veröffentlichung seiner Vorschläge im Neuen Deutschland - möglichst mit ausführlicher Entgegnung - und Eröffnung einer fortlaufenden Diskussion politischer Probleme. Er schloss mit einer Frage: „Glauben die Anhänger des realen Sozialismus wirklich, dass bei Befolgung dieser Vorschläge der Sozialismus in der DDR in Gefahr geriete? Ja, es mag unter ihnen einige Blinde geben, die das meinen.“<sup>62</sup>

Die „Blinden“ führten die SED und mit der Ausbürgerung des mit Havemann eng verbundenen Liedermachers Wolf Biermann im November 1976 stellten sie unter Beweis, mit ihnen werde es eine Demokratisierung der DDR nicht geben! Eine von der SED-Spitze nicht kalkulierte Folge dieser Entscheidung war das Zerwürfnis zwischen der Partei und den von ihr privilegierten „Kulturschaffenden“. Schon einen Tag nach bekannt werden der Ausbürgerung verbreiteten zwölf prominente DDR-Schriftsteller einen Aufruf, in dem die SED gebeten wurde, diese Maßnahmen zurückzunehmen. Für diese „Bitte“ wurden in der ganzen DDR Unterschriften gesammelt, von den weniger bekannten Unterzeichnern wurden rund fünfzig Personen verhaftet, unter ihnen der junge Schriftsteller Jürgen Fuchs<sup>63</sup>. Über Havemann verhängte ein

<sup>62</sup> Robert Havemann: Der Sozialismus und die Freiheit, in: europäische Ideen, 24- 25/1976, S. 37.

<sup>63</sup> Hans Michael Kloth: Biermann-Ausbürgerung, Proteste gegen, in: Lexikon Opposition und Widerstand, a.a.O., S. 75f.

Gericht einen Hausarrest, der erst 1979 aufgehoben wurde. Durchaus eine Parallele zur Deportation von Sacharow 1980, auch hier war das Ziel, Havemanns Kontakte zu westlichen Korrespondenten zu unterbinden, um seine Stimme aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Dieses Ziel erreichte die SED nicht. 1978 erschien in der Bundesrepublik ein Buch von ihm, in dem er begründete, warum er die DDR nicht verlassen werde. Diese Sätze aus dem Jahr 1978 sind der geeignete Schluss für diesen Text über den Widerstand der Wenigen. Unterstreichen sie doch zugleich, dass die Dissidenten in der Sowjetunion und der DDR, den sich ankündigenden Untergang der sozialistischen Staaten zu einem Zeitpunkt wahrnahmen und diese Möglichkeit artikulierten, als dies für westliche Realpolitiker und professionelle Ostexperten noch undenkbar war. Havemann: „Ich denke ja gar nicht daran, die DDR zu verlassen, wo man wirklich auf Schritt und Tritt beobachten kann, wie das Regime allen Kredit verliert und schon verloren hat und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen.“<sup>64</sup>

---

<sup>64</sup> Robert Havemann: Ein deutscher Kommunist, a.a.O., S. 29.